



Bewerben, Absage kassieren, Arbeitsamt, Übergangsmaßnahme: die Realität des Ausbildungsmarktes 2012

Ausblick: Warteschleife

Jahresabrechnung der Bundesanstalt für Arbeit: Trotz gefälliger Konjunktur und guter Schulbildung der BewerberInnen landen fast 300.000 Jugendliche in Übergangsmaßnahmen.

insgesamt positiv«: Nach dem Ende des Berufsberatungsjahres am 30. September 2012 und dem Start der Nachvermittlung zeichnen die Partner des Ausbildungspaktes ein schönes Bild von der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Doch die aktuellen Zahlen aus dem Hause der Bundesagentur für Arbeit (BA) geben dafür keinen Anlass. Den 559.877 BewerberInnen standen 517.086 Ausbildungsplätze gegenüber. Dabei zählt die BA 60.379 BewerberInnen als versorgt, obwohl sie ausdrücklich weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen. Deutschlandweit suchen noch immer 76.029 gemeldete BewerberInnen einen Ausbildungsplatz. Demgegenüber stehen 33.275 unbesetzte Ausbildungsstellen. Damit fehlen allein für die registrierten BewerberInnen rein rechnerisch 42.754 Stellen.

Was kein Ausbildungspakt bisher verhindern konnte: dass die Quote der auszubildenden Betriebe mit 22,5 Prozent auf dem tiefsten Stand seit 1999 liegt. »Von einer entspannten Situation kann für das Ausbildungsjahr 2012 noch immer nicht die Rede sein«, sagt DGB-Jugend-Ausbildungsexperte Benjamin Krautschat. Die Zahlen der BA zeigten immer nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit – viele Ausbildungsinteressierte würden gar nicht erfasst.

Und trotz guter Konjunktur und sinkender Bewerberzahlen dreht fast jeder dritte Jugendliche, der eine betriebliche Ausbildung sucht, eine Warteschleife im Übergangssystem – 2011 waren dies 294.294 –, obwohl die meisten von ihnen nur einen Ausbildungsplatz und keine Maßnahmen benötigen. Mehr als 75 Prozent der jungen Menschen verfügen über einen Schulabschluss, jeder zweite Jugendliche hat einen Hauptschulabschluss. Knapp 25 Prozent erreichen also die Mittlere Reife.

»Hier rächt sich, dass der Ausbildungspakt jedes Jahr zehntausende Jugendliche als versorgt zählt, die von der BA zwar als ausbildungsreif eingestuft werden, trotzdem aber nur Warteschleifen drehen«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock.

Der DGB hat gerade eine Expertise zum Übergangssystem veröffentlicht – mit unfassbaren Ergebnissen: Demnach absolviert das Gros der Jugendlichen mehr als eine Maßnahme und steckt durchschnittlich 17 Monate in der Warteschleife. Fast jeder dritte Jugendliche im Übergangsbereich hat auch nach zwei Jahren noch keinen Ausbildungsplatz.

Dies seien junge Menschen, die schlechte Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt hätten und kaum ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen könnten, warnt Sehrbrock. ▀

Die DGB-Expertise »In der Warteschleife – Die Probleme von fast 300.000 Jugendlichen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung« gibt's als Download auf www.dgb.de/-/5a5

Ausgabe November 2012

inhalt

3 thema

Der neue DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller im Gespräch

4 schule, ausbildung, studium + beruf

Junge Zielgruppe: Das DGB-Projekt Familienernährerin
»Alles in Butter« – der Comic zum Betriebsrat

5 jav-ratgeber

Achtung, Facebook: Keine Beleidigungen

6 projekte

Parlamentarischer Abend
saw-Vernetzungstagung

7 bezirke + gewerkschaften

Kinderarbeit – ein wichtiges Thema für die Bildungsgewerkschaften



Faltblatt gegen Rechts

Wie Neonazis um das Interesse und die Stimmen von ArbeitnehmerInnen buhlen, analysiert das neu aufgelegte achtseitige Faltblatt der DGB-Jugend.

www.dgb-jugend.de/broschueren



Heft extrem

Der wieder herausgebrachte DGB-Jugend-Blickpunkt »Extrem demokratisch« setzt sich kritisch mit der Demokratieerklärung auseinander.

www.dgb-jugend.de/broschueren



Praktikum neu

Gefragt wie nie – die DGB-Jugend-Praktikumsbrochure. Jetzt neu!

www.dgb-jugend.de/broschueren

35-Stunden-Woche

DBJR-Vollversammlung // Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat sich zu aktuellen Fragen positioniert. Unter dem Motto »Jugendverbände machen Bildung – und noch viel mehr« nimmt er Stellung zur Bildungspolitik und fordert eine 35-Stunden-Woche für SchülerInnen. Begründung: Zeit, die junge Menschen in der Schule verbringen, müsse auf das Notwendigste begrenzt werden. Es sei wichtig, dass sie auch an anderen Bildungsarten – etwa in Jugendverbänden – Raum und Zeit haben, Erfahrungen zu sammeln.

Soli aktuell sagt: Prima Sache. Lässt sich super auf andere Bereiche anwenden. Zum Beispiel auf den Arbeitsmarkt!

www.dbjr.de

Verirrter Verfassungsschutz

a.i.d.a. gewinnt // Die juristischen Auseinandersetzungen um die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a. e.V.) – unter anderem Partner der Gewerkschaften – wegen ihrer Einstufung als »linksextremistische« Organisation in den bayerischen Verfassungsschutzberichten 2009, 2010 und 2011 enden für den Verein erfolgreich. Das bayerische Innenministerium verpflichtet sich in einem Vergleich, rückwirkend die Einsortierung der a.i.d.a. e.V. als »linksextremistisch« zurückzunehmen. Der Verein wird künftig nicht mehr im Bericht genannt.

www.aida-archiv.de

Twitter sperrt

Was alles geht... // Twitter hat erstmals das Konto einer rechtsextremen Gruppe in einem Land aufgrund einer polizeilichen Verfügung blockiert. War eigentlich einfach: Anlass der Blockade war ein Brief der Polizeidirektion Hannover. Die BeamtInnen forderten das US-Unternehmen auf, das Benutzerkonto »@hannover-ticker« ersatzlos zu schließen. Beim Online-Dienst ist das Profil der verbotenen Neonazi-Gruppe »Besseres Hannover« in Deutschland jetzt nicht mehr verfügbar.

Nicht so schön: In anderen Ländern können die Tweets weiterhin gelesen werden.

www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/laendersperre-twitter-unterdrueckt-neonazis-in-deutschland-a-861982.html

Jung ist arm

Risikogruppen // Das Armutsrisiko in Deutschland steigt: Rund 12,8 Mio. Menschen – das sind 15,8% der EinwohnerInnen – waren im Jahr 2010 armutsgefährdet, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Besonders betroffen: Alleinerziehende und ihre Kinder. In dieser Gruppe ist mehr als jeder Dritte armutsgefährdet (37,1%).

Als armutsgefährdet galt 2010, wer nach Beanspruchung staatlicher Leistungen weniger als 11.426 Euro im Jahr zum Leben hatte.

www.destatis.de

Nichts mit Bildung

UNESCO schlägt Alarm // Das Millenniumsziel »Bildung für alle« ist nach Einschätzung der UN-Organisation nicht mehr planmäßig umsetzbar. Fortschritte im Kampf gegen Analphabetismus gibt's keine, die Zahl der Kinder, die eine Grundschule besuchen, stagniert. 250 Mio. Mädchen und Jungen lernten weder richtig Lesen noch Schreiben, heißt es im aktuellen Weltbildungsbericht.

Mehr als 160 Länder hatten sich im Jahr 2000 in Dakar verpflichtet, bis 2015 sechs Ziele zu erreichen.

Soli aktuell meint: Wieder nur heiße Luft vereinbart.

www.unesco.de

Deutsch-türkische Zusammenarbeit

Vermittlungsaktion gestartet // Mit dem Programm »Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen« des Bundeswirtschaftsministeriums sollen Jugendliche mit türkischen Wurzeln mit Unterstützung der türkischen Generalkonsulate künftig verstärkt in kleine und mittlere Ausbildungsbetriebe vermittelt werden. Ziel des Programms ist es, die Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der beruflichen Ausbildung mittelfristig deutlich zu erhöhen und darüber hinaus die Ausbildungsbeteiligung der Unternehmen zu steigern.

<http://tinyurl.com/deutsch-tuerkisch>

Ostdeutscher Wandel

Ausbildung // Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt untersucht. Einen genaueren Blick hat man dabei auf den Osten geworfen. Um einen Ausbildungsplatz zu finden, müssen ostdeutsche Jugendliche nicht mehr ganz so oft und nicht mehr so weit pendeln wie noch vor einigen Jahren.

Fazit: Die Ausbildung in den neuen Bundesländern befindet sich im Umbruch.

www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k120917301

Heimkinder 2011

Falsche Entwicklung // Bundesweit lebten Ende 2011 mehr als 65.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in einem Heim oder einer anderen betreuten Wohnform. Das sind 11% mehr als Ende 2008, sagt das Statistische Bundesamt.

Als Grund für die Erziehung in einem Heim wurde mit 20% am häufigsten die potenzielle oder real existierende Gefährdung des Kindeswohls genannt. Danach folgte mit 16% die eingeschränkte Erziehungskompetenz der Eltern. Die unzureichende Förderung, Betreuung oder Versorgung junger Menschen in der Familie war in 12% der Fälle der Hauptgrund.

Soli aktuell sagt: Das sind mir eindeutig zu viele!

www.destatis.de

Stachelige Auszeichnung

Kaktuspreis für DGB-Jugend-Berufsschul-tour // Die DGB-Jugend Sachsen-Anhalt hat den Kaktuspreis der dortigen Grünen Jugend für ihre Berufsschul-tour erhalten. Der Preis ist mit 250 Euro dotiert. Die Tour sei ein Projekt, so die Jury, das einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Sachen Arbeitnehmerrechte leiste.

www.gruenejugend-lsa.de



Kapitalisten-Kinder

Unternehmernachwuchs-Check // Die meisten Unternehmerkinder in Deutschland sind zwar stark an Politik interessiert, zu politischem Engagement ist aber nur eine Minderheit bereit. Das geht aus einer Studie der Universität Friedrichshafen zu Deutschlands next Entrepreneur-Generation hervor. Als Grund für die Haltung wurde vor allem Zeitmangel angegeben.

Befragt wurden 235 Jugendliche und junge Erwachsene aus Unternehmerfamilien im Alter zwischen 16 und 35 Jahren.

Hier die Studie: www.zu.de/deutsch/lehrstuehle/Innovation_Technologie/nextgen.php

Rechte Gewalt

Massenweise Verbreitung // 8.110 rechtsextreme Straftaten gab es bundesweit schon allein im ersten Halbjahr 2012. Und das sind nur die, die die Polizei registriert hat! Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor.

www.petrapau.de/17_bundestag/dok/down/2012_zf-rechtsextreme-straftaten.pdf

Wird meist nicht mitgedacht

Junge Berufsunfähigkeit // Die Hannoverische Versicherung schlägt Alarm: Jeder zweite Deutsche unter 30 Jahren kann die Risiken einer Berufsunfähigkeit nicht einschätzen und weiß auch nicht, was sie überhaupt bedeutet.

Die Gefahren einer Berufsunfähigkeit für junge ArbeitnehmerInnen werden aber nicht nur von der Risikogruppe selbst, sondern in der gesamten Bevölkerung nicht ernst genug genommen: Zwei Drittel der Deutschen sind sich nicht darüber im Klaren, dass junge Menschen vor dem finanziellen Nichts stehen, wenn sie als BerufseinsteigerInnen erwerbsunfähig werden.

www.hannoversche.de

Arm und ausgeschlossen

Situation ausgegrenzter Jugendlicher // Die katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit hat eine Expertise des Deutschen Jugendinstituts zur Situation so genannt ausgegrenzter Jugendlicher herausgegeben. Mindestens 80.000 junge Menschen sind demnach von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen und von Armut betroffen.

Infos: www.jugendarmut.info

»Der Schlüssel zum Erfolg ist die Mitgliedernähe«

Florian Haggenmiller ist der neue Bundesjugendsekretär des DGB. Soli aktuell sprach mit ihm über Perspektiven der Gewerkschaftsjugend.

Florian, du übernimmst die Leitung der DGB-Jugend in einer wilden Phase: Die ersten Attacken des Bundestagswahlkampfes laufen. Welche Aktivitäten muss die DGB-Jugend als Stimme der jungen Generation jetzt entfalten? Wir müssen jetzt schon Einfluss nehmen bei der Erstellung der Wahlprogramme und unsere Anforderungen an eine jugendgerechte Politik klar und deutlich machen. Unsere Kampagne zur Bundestagswahl 2013 stellt dies in den Mittelpunkt. Wir brauchen Verbesserungen bei der Ausbildung, bei der Übernahme danach und im gesamten Bildungssystem. Und wir müssen etwas gegen die Prekarisierung des Berufseinstiegs tun.



»Anforderungen an eine jugendgerechte Politik deutlich machen«: DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller

Foto: Ralf Steine

Laut Arbeitgeber und Regierung entspannt sich ja zum Beispiel die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt...?

Da ist nichts entspannt. Jeder dritte Jugendliche landet nach der Schule in der Maßnahmen-schleife, in vielen Bereichen fehlt es an der nötigen Ausbildungsqualität. 2,2 Millionen junge Leute bis 35 Jahre haben keinen Berufsabschluss.

Du warst vor deiner Arbeit beim DGB Jugendvertreter bei der Telekom. Welche Erfahrungen helfen dir bei deinem Job als DGB-Bundesjugendsekretär?

Aus der betrieblichen Arbeit ist mir bekannt, welche Anforderungen junge Menschen an Ausbildung und Arbeit haben, welche Bedingungen stimmen müssen, um eine gute Perspektive für die Lebensgestaltung zu haben. Als Jugendvertreter hatte ich mit zahlreichen Jugendlichen in Ausbildung und Studium in den unterschied-

lichen Regionen zu tun. Darüber hinaus war ich einer der ersten IT-Azubis bei der Deutschen Telekom AG. Der Konzern war auf diese Form der Ausbildung nur teilweise vorbereitet. Ich konnte als JAVi unmittelbar auf meine Ausbildungssituation einwirken und Verbesserungen erzielen.

Telekom klingt ja super – Großkonzern, Betriebsvereinbarungen, tolle Ausbildung. Welche Probleme gibt es denn da überhaupt?

Die Übernahme-situation dort hat sich immer mehr verschlechtert. Das Einkommen nach der Ausbildung ist gesunken, und die Ausbildungsquote dort war auch immer schon ein Streitthema. Über lange Jahre hart erkämpfte Vereinbarungen geraten zunehmend unter Beschuss.

Wie können junge Menschen für die Verhältnisse, in denen sie leben, politisch sensibilisiert werden?

Als Gewerkschaftsvertreter muss man ihre Probleme ernst nehmen und dann Hilfestellung geben. Nur so kann es Verbesserungen geben, nur dann lassen sich Lösungsmöglichkeiten entwickeln. Der Schlüssel zum Erfolg ist die Mitgliedernähe. Wenn wir Aktivitäten entwickeln, die die Situation der jungen Menschen verbessern, lohnt sich unsere Arbeit auch.

Wie wichtig sind digitale Medien und soziale Netzwerke? Muss sich die DGB-Jugend hier noch mehr engagieren?

Nahezu alle jungen Menschen tummeln sich im Netz. Mit unseren Social-Media-Aktivitäten wie auch unseren Foren »Dr. Azubi« und »Students at work« erreichen wir Tausende unmittelbar und ohne große Barrieren – und sie uns auch! Unsere gesamte Arbeit spiegeln wir so im Netz. Das werden wir anhand unserer gesammelten Erfahrungen noch weiter verbessern. Aber eine Sache darf dabei nie vernachlässigt werden: der direkte persönliche Kontakt.

Wie wichtig ist ehrenamtliches Engagement?

Ohne unsere ehrenamtlich Aktiven könnten wir einpacken. Wir sehen da aber zunehmend Probleme. Denn junge Menschen sind heute dermaßen eingespannt, dass es immer schwieriger für sie wird, sich zu engagieren. Es fehlt schlichtweg die Zeit. Sie brauchen mehr Freiräume.

Ein großes Arbeitsfeld der DGB-Jugend ist der Kampf gegen extrem rechte Tendenzen in der Gesellschaft. Auch da scheint sich die Lage eher noch verschärft zu haben. Muss die Gewerkschaftsjugend noch aktiver werden?

Mit Schrecken verfolge ich die so genannte Aufklärung rund um die NSU-Morde – Nazis ermorden über Jahre türkische Mitbürger. Eine scho-

nungslose Offenlegung aller Fakten ist notwendig. Der Verdacht liegt nahe: Die Verharmlosung rechten Gedankenguts reicht bis weit in die Mitte der Gesellschaft, in die Politik. Das bisherige System hat versagt.

Wir werden uns mit unseren Mitgliedern weiterhin gegen extrem rechte Tendenzen und Meinungen in der Gesellschaft positionieren und klar machen, wofür wir stehen: für ein buntes Miteinander.

Natürlich werden wir auch in Dresden wieder aktiv sein und verhindern, dass die Nazis dort zum Jahrestag der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg aufmarschieren. Hier müssen wir Zeichen setzen, immer wieder aufs Neue.

Ein wichtiger Punkt der Arbeit sind die Aktivitäten an den Hochschulen. Hast du bestimmte Vorstellungen von der Studierendenarbeit oder ist alles gut, wie es derzeit ist?

Unsere Arbeit in diesem Feld ist wichtiger denn je. Immer mehr junge Menschen studieren, aber die Bedingungen sind schlecht. Das Bildungssystem ist unterfinanziert, Studienplätze fehlen – die meisten Jugendlichen sind nicht unbedingt, wie oft suggeriert wird, die kommende Elite. Sie haben Stress, weil sie unter starkem Leistungsdruck stehen. Auch bei ihnen ist der Einstieg ins Berufsleben oft prekär.

Gibt es noch weitere Zielgruppen, die man im Auge behalten muss?

Ja. Jugendliche müssen schon in der Schule von den Gewerkschaften erfahren – was sie tun, wie sie arbeiten, welche gesellschaftliche Wirkung sie haben. Vor allem in Anbetracht des bevorstehenden Berufseinstiegs ist eine frühe Ansprache von jungen Menschen wichtig – deshalb werden Schülerinnen und Schüler für uns eine bedeutende Gruppe sein.

Was werden die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsjugend in den kommenden Jahren sein?

Wir müssen geschlossen für die junge Generation Position beziehen. Qualitativ hochwertige Ausbildung für alle, Beschäftigung mit Perspektive, ein Studium, das nicht von Stress, sondern von kreativem Lernen geprägt ist – das sind unsere Ziele. Wir sind gut aufgestellt, ich freue mich auf diese Aufgabe. ▀

»Ohne unsere ehrenamtlich Aktiven könnten wir einpacken.«

Familie, Beruf – und gute Arbeit

Junge Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Und sie müssen wissen: Womöglich ernähren sie die Familie allein. Das DGB-Projekt »Familienernährerinnen«. Von Carolin Häberlein und Katrin Menke

Gleichstellung von Männern und Frauen? Weit gefehlt!

Benachteiligungen von Frauen scheinen für junge Menschen längst Geschichte zu sein. Mädchen und junge Frauen haben gerade im Bildungsbereich aufgeholt. Die wachsende Anzahl junger Frauen mit sehr guten Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie eine steigende Erwerbsorientierung gehen damit einher. Dank der fortwährenden Emanzipationsbewegungen ist es für Frauen heute normal, ökonomisch unabhängig zu sein.

Doch im Job angekommen, sieht es häufig noch ganz anders aus. Frauen arbeiten oft in Minijobs, verdienen durchschnittlich weniger als ihre männlichen Kollegen, arbeiten häufig unfreiwillig in Teilzeit und sind in Führungspositionen unterrepräsentiert. In frauendominierten Branchen sind Niedriglöhne zudem besonders verbreitet, etwa bei FriseurInnen, ErzieherInnen oder ArzthelferInnen.

Die Zeiten ändern sich. Frauen als Familienernährerinnen

Lange war es üblich, dass der Mann die finanzielle Hauptverantwortung für die Familie getragen hat und Frauen für die Familie »hinzuverdient« haben. Das wird den Lebensrealitäten vieler Paare jedoch nicht mehr gerecht. Frauen

tragen heutzutage immer öfter die finanzielle Verantwortung für die Familie – da sie sehr gut ausgebildet sind, aber auch, weil Männer aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse kein familienabsicherndes Erwerbseinkommen mehr erwirtschaften oder arbeitslos werden. Inzwischen wird jeder fünfte Mehrpersonenerwerbshaushalt von einer Frau ernährt. Dieser Aufgabe können Frauen aber nur gerecht werden, wenn sie faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden.

Familienernährerin? Auch für Mädchen und junge Frauen ein Thema!

Jede Frau kann irgendwann in die finanzielle Hauptverantwortung für die Familie rutschen – als Alleinerziehende oder in einer Partnerschaft, als junge Frau oder erst im späteren Lebensverlauf. Deswegen ist es wichtig, dass junge Frauen sich beruflich gut aufstellen und über eine eigene ausreichende finanzielle Absicherung nachdenken, etwa bei ihrer Berufswahl.

Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen für junge Frauen heute eine wichtige Rolle – und das ist gut so! Denn die meisten jungen Menschen wünschen sich beides: Zeit für die Familie und einen Beruf. Eine faire Aufteilung der Haus- und Fürsorgearbeit zwischen den Partnern kann dazu beitragen, eine gute Balance zwischen Familie und Beruf für Frauen und Männer herzustellen.

Das DGB-Projekt »Familienernährerinnen«

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Familie und Jugend geförderte DGB-Pro-

jekt »Familienernährerinnen« hat zum Ziel, gemeinsam mit GewerkschafterInnen, politischen EntscheidungsträgerInnen und betrieblichen AkteurInnen an der Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen von Familienernährerinnen zu arbeiten. Wir wollen faire Chancen für Familienernährerinnen! ▀

Infos und Materialien können unter www.familienernaehrerin.de abgerufen und bestellt werden.



Katrin Menke (l.) ist Leiterin, **Carolin Häberlein** ist Koordinatorin des DGB-Projekts »Familienernährerinnen«.

Die Datenlage

6.800 Euro kostet laut einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) eine vorzeitige Auflösung eines Ausbildungsvertrages.

20,5 Prozent beträgt die Quote der Vertragsauflösungen bei 51 untersuchten Berufen aus allen Branchen.

580 Millionen Euro kommen auf die Tour an wirtschaftlichem Schaden pro Jahr zusammen. ▀

Infos: www.bibb.de/bwp/kosten-vertragsloesung

(Aus-)Gezeichnete Gremienarbeit

Irrwitz in der Firma: Der Bund-Verlag bringt mit »Alles in Butter« einen Comic über einen Betriebsrat heraus.

Der Betriebsrat wird zur Comicfigur (nicht zu verwechseln mit Witzfigur): In fünf irren Stories aus dem Alltag eines Arbeitnehmervertreters beweist der Comic-Zeich-

ner Reinhard Alff zusammen mit dem langjährigen Arbeitsrechts-Autor Wolfgang Däubler Gespür für komplexe Themen.

Die Geschichten sind verrückt, bissig und verlaufen womöglich anders als gedacht: Da führt die verlockend daherkommende Vertrauensarbeitszeit doch echt zum Beziehungsdrama. Oder wie man sich das hätte denken

können: Die tollen Ideen des Vorstandsassistenten drohen das Unternehmen in den Ruin zu stürzen.

Ziel ist es, die oft trockenen Inhalte des Arbeitsrechts und der Betriebsratsarbeit durch das bunte Format des Comics zu vermitteln. Gut, manchmal kommt das etwas schwerfällig daher. Aber wie die KollegInnen von einem Problem ins

nächste stolpern, das ist schön getextet und gezeichnet. Mit Outsourcing müssen sie sich rumschlagen, die Betriebsversammlung planen oder den Datenschutz verhandeln. Zwischendrin tritt Däublers Alter ego auf, erklärt Hintergründe und gibt Tipps für die praktische Arbeit. Mit viel Spaß lernen die LeserInnen, was in puncto Mitbestimmung zu beachten ist.

Fazit: Aus-gezeichnet! Kleine Kritik: Es fehlt noch eine Episode zur Jugend- und Auszubildendenvertretung. ▀



Reinhard Alff, Manfred Däubler: Alles in Butter. Irrwitzige Geschichten aus dem Leben eines Betriebsrats, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2012, 110 S., 14,90 Euro. Die Homepage zum Buch: www.allesinbutter.info



Au weia – die Unternehmensberatung ist zu Besuch!

»Arbeitgeber – Menschenhinder...«

Sie sind sowohl Fluch wie Segen: soziale Netzwerke. Vor dem Arbeitsgericht sind sie auch schon gelandet – denn Beleidigungen auf Facebook und Co. können den Ausbildungsplatz oder den Job kosten.

Soziale Netzwerke sind heutzutage total normal. Die Präsenz dort ist für viele ein Muss – wer nicht mitmacht, ist rasch ein Außenseiter. Ganz klar: Auch Betriebsräte und Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) haben oft eigene Profile.

Aber selbst wenn ein Austausch in sozialen Netzwerken üblich ist, sollte sich doch jeder Nutzer genau überlegen, welche persönlichen Daten z. B. über Facebook verbreitet werden.

Da bestehen erhebliche Probleme: Die Datenschutzbeauftragten und viele andere DatenschützerInnen weisen immer wieder darauf hin, dass alles, was einmal öffentlich gemacht wurde, auch öffentlich bleibt.

Allerdings muss noch aus einem anderen Grund zur Vorsicht geraten werden: Äußerungen auf Facebook können zu Konsequenzen für den Bestand des Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnisses führen. Jeder, der sich auf einem Facebook-Account über seinen Betrieb, den Chef, Ausbilder oder aber auch über seine KollegInnen äußert, muss heute damit rechnen, dass das Posting nicht nur der gewünschten Zielgruppe bekannt wird, sondern gerade diejenigen erreicht, die von dem Inhalt unter keinen Umständen Kenntnis erhalten sollten.

Gefährlich werden kann es für Auszubildende und ArbeitnehmerInnen, wenn sie den Arbeitgeber, KollegInnen und KundInnen in einer Art und Weise kritisieren, die nicht mehr durch die verfassungsrechtlich abgesicherte Meinungsfreiheit abgedeckt ist.

Allerdings: Ob der Arbeitgeber im Fall einer diffamierenden Äußerung auch mit einer Kündigung Erfolg hat, hängt davon ab, ob das Posting im öffentlichen oder im privaten Bereich bei Facebook erfolgte. Sofern die diffamierenden Äußerungen lediglich in einem nicht für alle zugänglichen Bereich getätigt wurden, kann dies letztendlich keine Kündigung begründen.

Vergleichbar ist dies mit der Situation, wenn ein Arbeitnehmer in einem vertraulichen Gespräch unter ArbeitskollegInnen den Arbeitgeber grob beleidigt. Nach der Auffassung des Bundesarbeitsgerichts (Urteil von 10. Dezember 2009, Az.: 2 AZR 534/08) fallen vertrauliche Äußerungen in den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts – und können für

die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses nicht ohne weiteres herhalten. Ansonsten sind grobe Beleidigungen des Arbeitgebers oder des Vorgesetzten und natürlich auch bewusst wahrheitswidrige Tatsachenbehauptungen (»Die Firma steht unmittelbar vor der Übernahme durch ein anderes Unternehmen...«), die öffentlich geäußert werden, immer für eine fristlose Kündigung gut.

Aufpassen: Auch wenn das Arbeitsgericht entschieden hat, dass die Kündigung rechtsunwirksam ist, ist das Verhältnis zwischen dem Azubi oder Arbeitnehmer und dem Betrieb naturgemäß zerrüttet. Ob man dann dort noch einmal auf einen grünen Zweig kommt, steht

dahin. Von daher sollte man, auch wenn man sich über bestimmte Vorgesetzte oder Missstände im Betrieb geärgert hat, besser eine Nacht drüber schlafen, bevor man irgendetwas postet. Und: Auch wenn das Posting im privaten Bereich erfolgt, kann nicht ausgeschlossen werden, dass einer der »Freunde« – unter Umständen

den ein Arbeitskollege – diese Äußerung weiter verbreitet oder gar den Zuträger für die Arbeitgeberseite macht.

Dieselben Grundsätze gelten auch für das eigene Facebook-Profil. Hier muss zwar nicht damit gerechnet werden, dass z. B. der Vorgesetzte oder Ausbilder zu Besuch kommt. Allerdings ist es nicht völlig unvorhersehbar, dass auch dort getätigte Äußerungen der Arbeitgeberseite zur Kenntnis gelangen.

Reagieren die Arbeitgeber dann mit einer fristlosen Kündigung, kann es im Einzelfall für den Betroffenen eng werden. Dies musste auch ein Azubi erfahren, der in seinem privaten Facebook-Profil unter der Rubrik »Arbeitgeber« schrieb: »Arbeitgeber menschenhinder & ausbeuter Bochum, daemliche scheisse fuer Mindestlohn minus 20 Prozent.«

Der Ausbilder kündigte das Ausbildungsverhältnis fristlos. In diesem Fall ist der Azubi mit einem blauen Auge davon gekommen (Arbeitsgericht Bochum, Urteil von 29. März 2012, Az 3 Ca 1283/11). Die ArbeitsrichterInnen machten zwar klar, dass diese grobe Beleidigung grundsätzlich geeignet sein kann, eine fristlose Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses zu rechtfertigen. Das hielt man aber hier nicht für angemessen. Die RichterInnen wiesen darauf hin, dass ein Ausbilder neben der Verantwortung für die fachliche Ausbildung auch immer »die Pflicht zur Förderung der geistigen, charakterlichen und körperlichen Entwicklung« hat (§ 14 Berufsbildungsgesetz). Deshalb ist es



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt
Wolf-Dieter
Rudolph, Berlin

dem Ausbilder verwehrt, jedwedes Fehlverhalten des Azubis als Kündigungsgrund zu nehmen, so lange es mildere Mittel der Sanktion gibt.

Vorsicht: Es ist durchaus möglich, dass ein anderes Arbeitsgericht in einem ähnlich gelagerten Fall zu einem gegenteiligen Ergebnis kommt. Bei einem Arbeitnehmer hätte aller Voraussicht nach das Pendel in die andere Richtung ausgeschlagen.

Nicht vergessen: Im Fall der Kündigung eines Azubis ist die JAV gefragt. Sie wird mit dem Betroffenen ein Gespräch führen und dann entscheiden, ob man sich für den Azubi einsetzen möchte – außer in besonders krassen Ausnahmefällen wird dies der Fall sein. Es empfiehlt sich von daher, eine Stellungnahme mit entsprechender Empfehlung in Richtung Betriebsrat abzugeben.

Nach herrschender Meinung steht der gesamten JAV, unabhängig von ihrer Größe, beim Thema Azubi-Kündigung ein Teilnahmerecht an der Betriebsratssitzung zu. Allerdings ohne Stimmrecht.

Anders liegt der Fall, wenn ein JAV-Mitglied von der Kündigung betroffen ist: Hier braucht der Ausbilder die vorherige Zustimmung des Betriebsrats zu der außerordentlichen Kündigung, und bei der Entscheidung darüber steht der gesamten JAV das Stimmrecht zu. ▀

Weitere Infos zu Social-Media-Aktivitäten rund um den Betrieb hat die Hans-Böckler-Stiftung in einem tollen Dossier zusammengestellt: www.boeckler.de/40453.htm

Wer sich über seinen Betrieb äußert, muss damit rechnen, dass das Posting beim Falschen landet.

Jugend geht alle an

Im Zentrum des Parlamentarischen Abends der DGB-Jugend stand die Lebenssituation junger Menschen.

Prekarität, Überstunden, unbezahlte Praktika, Leiharbeit: Rosig ist die Situation junger Menschen in Deutschland nicht. »Mich betrifft das nicht so, aber meine Kinder haben immer wieder befristete Jobs«, erzählt die SPD-Bundestagsabgeordnete Annette Sawade. Sie ist an diesem 7. November 2012 zum Parlamentarischen Abend der DGB-Jugend in den Berliner Club Oxymoron gekommen, »weil die Studien des DGB in der SPD sehr ernst genommen werden«.

Damit die ParteivertreterInnen noch besser in Sachen Jugend aufgestellt sind, erläutert DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller die neuesten Zahlen über die junge Generation, die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und wie die DGB-Jugend sich angesichts der Bundestagswahl positioniert. Auch der Kampf gegen Rechts spielt eine entscheidende Rolle – ein Thema, bei dem unter den ca. 50 Gästen aus Politik und Verbänden spontan Applaus aufbrandet – dieses Engage-

ment ist ihnen besonders wichtig. Aber werden sich die Standpunkte der Jugend auch im Wahlkampf im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 widerspiegeln?

Um dies sagen zu können, ist es noch ein wenig früh: »Anfang nächsten Jahres legen wir die zehn wichtigsten Themen fest«, erklärt Felix Banaszak von der Grünen Jugend. Er ist sich aber sicher, dass Arbeits- und Sozialpolitik in seiner Partei eine große Rolle spielen wird. Eva Bulling-Schröter von der Linkspartei weiß dagegen jetzt schon, wo es bei ihrer Partei langgehen wird: »Wir wollen prekäre Beschäftigung verbieten.«

»Nehmt unsere Forderungen in eure

Wahlprogramme auf«, ruft Haggenmiller den PolitikerInnen vom Podium aus zu. Der Parlamentarische Abend sei »ein gutes Instrument, der Jugend im politischen Betrieb Gehör zu verschaffen«, sagt DGB-Jugendbildungsreferentin Jenny Zimmermann. Denn die Interessen der jungen Generation müssen sich dort unbedingt wiederfinden. ▀



»Wir sind kompetente Partner«

»Students at work« feiert seinen zehnten Geburtstag. Soli aktuell sagt: Herzlichen Glückwunsch! Und sprach mit Stefanie Geyer darüber, wo die gewerkschaftliche Studierendenarbeit derzeit steht.

Zehn Jahre »Students at work« – was bedeutet dieses Jubiläum?

Es zeigt vor allem, dass sich die gewerkschaftliche Studierendenarbeit inzwischen etabliert hat. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Viele ehrenamtlich und hauptamtlich Aktive mussten Überzeugungsarbeit dafür leisten. Denn mit und für Studierende aktiv zu sein, ist für Gewerkschaften ein relativ junges Aufgabenfeld. Im letzten Jahr sind 14 Prozent mehr Studierende Gewerkschaftsmitglied geworden – eine beeindruckende Zahl.

Ihr habt die jährliche Vernetzungstagung der Beraterinnen und Berater im November zum Feiern genutzt...

Rund 50 Ehren- und Hauptamtliche aus allen Teilen der Republik waren da. Besonders gefreut hat uns, dass auch Wegbegleiter der ersten Stunde dabei waren. Die Geschichte der Studierendenarbeit haben wir durch ein Kneipen-

quiz aufgearbeitet. Das Treffen diente aber vor allem auch dem Austausch der Aktiven vor Ort. In Kassel hat die DGB-Hochschulgruppe zum Beispiel einen Report über die Lage wissenschaftlicher Hilfskräfte aufgelegt, der vorgestellt wurde. Wer weiß, vielleicht gibt es bald auch an anderen Hochschulstandorten solche Initiativen. Wir haben über unsere Pläne im Wahljahr gesprochen und uns mit neuen gesetzlichen Unsäglichkeiten beschäftigt. Die Bundesregierung will ja zum 1. Januar 2013 die Mini- und Midijob-Grenze anheben.

Welche Probleme haben die arbeitenden Studis?

Dieselben wie alle anderen Arbeitnehmer auch. Welche Rechte und Pflichten habe ich eigentlich? Wieviel Urlaubsanspruch? Gilt für mich auch der Tarifvertrag? Gewerkschaften sind hier durch jahrzehntelange Erfahrung kompetente Partner. Die veränderte Studienstruktur – also die Umstellung auf Bachelor und Master – hat es aber sicherlich nicht einfacher gemacht, aktiv zu werden und Studium, Arbeit und Leben unter einen Hut zu bringen.

Gibt es besondere Schwierigkeiten?

Vor Ort hakt es immer wieder an einer kontinuierlichen Finanzierung der Büros. Damit wird

engagierten Ehrenamtlichen die Arbeit oft schwer gemacht. Daran werden wir arbeiten müssen.

Wie ist dein Eindruck: Hat sich das Image der Gewerkschaften an den Hochschulen in dieser Zeit verändert?

Ich denke schon. Gewerkschaften sind heute präsenter an Hochschulen. Unsere Berater vor Ort machen ja auch einen tollen Job. Gewerkschaften werden mehr und mehr als selbstverständlicher Partner in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen wahrgenommen. Wir merken dies auch an der hohen Nachfrage nach unseren Publikationen und den Anfragen auf der DGB-Jugend-Homepage.

Wo steht »Students at work« in weiteren zehn Jahren?

Bis dahin wird es hoffentlich flächendeckend Beratungsbüros an den Hochschulen geben. Und an vielen Standorten engagierte Hochschulgruppen! Nur so können wir gemeinsam Verbesserungen an der Hochschule und in der Arbeitswelt erkämpfen. ▀



Stefanie Geyer ist bei der DGB-Jugend für Studierendenarbeit zuständig.

215 Millionen eine Chance geben

Die Bildungsgewerkschaften diskutieren über Kinderarbeit in ihren schlimmsten Formen und die Umsetzung des Rechts auf Bildung.

Von Elke Michauk

Was haben Adidas, KiK, H&M, Nike und eine Reihe anderer Großunternehmen gemeinsam? Richtig, sie machen Schlagzeilen – weil sie Kinder beschäftigen. Während sich die Unternehmen nun mühsam gegen schlechte Publicity und Strafen wehren, diskutieren die Bildungsgewerkschaften ihre Rolle in der Bekämpfung von Kinderarbeit, bei der Umsetzung des Rechts auf Bildung und wie hier die Decent-Work-Strategie anzuwenden ist.

Unter dem Motto »Schule ist der beste Arbeitsplatz – Bildungsgewerkschaften gegen Kinderarbeit« hatten die GEW und verschiedene internationale gewerkschaftliche Organisationen im Oktober 2012 zur Tagung nach Berlin eingeladen. Gekommen waren mehr als 100 TeilnehmerInnen aus über 25 Ländern weltweit.

Bereits in ihren Begrüßungsreden machten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne und Fred von Leeuwen, Generalsekretär der Bildungsinternationale, den gewerkschaftlichen Standpunkt deutlich. Thöne: »Kinderarbeit ist menschenverachtend und gleichzeitig eine der schlimmsten Formen der Lohnrückerei. Sie verhindert, dass Kinder in der Schule lernen können und dass Eltern ihre Kinder selbst ernähren können. Kinderarbeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind darum eng miteinander verknüpft.«

Die Fakten: Weltweit arbeiten mehr als 215 Millionen Kinder. Zwischen 2004 und 2008 hat die Zahl der in den schlimmsten Formen von Kinderarbeit arbeitenden Kinder um 20 Prozent zugenommen. 22.000 Kinder sterben jährlich bei Arbeitsunfällen.

Trotz kultureller Unterschiede haben alle Formen der Kinderarbeit unregulierte Arbeitszeiten, ausbeuterische Arbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung gemein. Von den gesundheitlichen Folgeschäden und der Verwehrung des Rechts auf Bildung abgesehen.

In ihren Forderungen bekräftigten die TeilnehmerInnen noch einmal die 2011 auf dem Weltkongress der Bildungsinternationale verabschiedete Resolution gegen Kinderarbeit. Neben einer effektiven Sanktionierung von Kinderarbeit ist dabei eine qualitative Lehrerbildung unerlässlich: »Ein öffentlich finanziertes, frei zugängliches Bildungssystem muss durch eine qualitative Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte ergänzt werden, damit sie in der Lage sind, die unterschiedlichen und speziellen Bedürfnisse von Kindern zu erfüllen«, merkten TeilnehmerInnen aus Lateinamerika und Afrika an. An die Regierungen richtete sich



die Forderung, eine angemessene Gesetzgebung zur Teilnahme am Schulunterricht und zur Schulinspektion zu verabschieden und diese auch umzusetzen.

Der Kampf gegen Kinderarbeit ist zugleich auch ein Kampf für die gesellschaftliche Anerkennung von Gewerkschaften. »Kinderarbeit kann nur in einer Gesellschaft existieren, in der es sich lohnt, die schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft auszubeuten«, so Thöne. Es gilt: Wo es starke Gewerkschaften gibt, gibt es keine Kinderarbeit.

Doch die globale Vernetzung ist nicht einfach. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern sehr differenzierte Ansätze: gegen Kinderarbeit und prekäre Beschäftigung, für gute Arbeit und Gewerkschaftsrechte. »Die Forderung nach dem Recht auf Bildung für jedes Kind darf nicht losgelöst von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für Erwachsene diskutiert werden«, merkte Prerna Prasad von der Bau- und Holzarbeiter-Internationale an.

Weltweit sind Gewerkschaften in der Pflicht, Farbe für das Recht auf Bildung und gegen Kinderarbeit zu bekennen. »Einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer globalen kinderarbeitsfreien Zone können Verbraucher im globalen Norden durch einen bewussteren Konsum fair gehandelter Produkte tun«, sagte Sommer abschließend. ▀

Infos: www.fair-childhood.eu,
www.gew-ideenwettbewerb.de

Elke Michauk ist derzeit Studentin des Fachs »Globalisation and Labour« in Mumbai, Indien.

Aktivposten

■ Auch diesen Herbst führt die **DGB-Jugend** ihre jährliche Berufsschultour durch. Dabei werden Berufsschulen in ganz Deutschland besucht. Motto: »Gemeinsam gewinnen«.

Soli aktuell meint: Mit der Berufsschultour gewinnt jeder.

www.dgb-jugend.de/berufsschultour

■ **DGB-Jugend Thüringen** und Linksjugend haben gemeinsam die Kampagne »Extrem viel dahinter« gestartet. Sie richtet sich gegen die Verwendung des »Extremismus«-Begriffs.

Infos: www.extremvielhinter.blogspot.de

■ Nachdem die Bildungsstätte der Jugendorganisation Die Falken Berlin-Neukölln zweimal mit Brandsätzen angegriffen wurde, wird es notwendig, einen Zaun zu errichten. Über 100.000 Euro werden dafür gebraucht. **DGB und DGB-Jugend Sachsen** kauften schon einen hal-

ben Meter. Das entspricht einer Spende von 250 Euro. »Es ist schlimm, dass die Berlin-Neuköllner Falken einen Zaun brauchen, um sich vor Naziterror schützen zu können. Auf der anderen Seite ist es gut, zu sehen, dass es so viele Unterstützer für die Spendenaktion gibt«, sagt DGB-Bezirksjugendsekretär André Schnabel.

www.bollwerk-gegen-nazis.de

■ Na, wer sagt's denn: Die **Junge Gruppe in der Gewerkschaft der Polizei** (GdP) hat ihren Facebook-Auftritt gestartet. Ob gewerkschaftspolitische News oder das neue Seminarprogramm, ab sofort findet man dort alle aktuellen Infos der jungen PolizistInnen. Man soll auch ruhig seinen Senf dazugeben: »Nutzt doch einfach einmal die Kommentarfunktion und schreibt uns eure Meinungen«, sagen die Social-Media-Neulinge.

Social-Soli aktuell klickt: Aber nicht während der Arbeitszeit posten – das ist verboten!

www.facebook.com/gdpjg

■ Die **IG Metall Jugend** schlägt zum Ausbildungsstart Alarm: Viele Chefs nehmen es mit der Pünktlichkeit ihrer Azubis nicht so genau – allerdings nur beim Feierabend! Alles über unbezahlte Überstunden auf

<http://tinyurl.com/igmj-Ueberstunden>

■ Und noch mal **IG Metall:** Der Jahresreport des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) hat die »Operation Übernahme« der IG-Metall Jugend als »Best Practice« in ihren Jahresreport aufgenommen. Adrian Hermes, der für die Gewerkschaftsjugend im ITUC-Jugendkomitee sitzt, kommentiert: »Hammer!«

Soli aktuell sagt: Genau. Metal Hammer!

<http://tinyurl.com/ITUC-Report>

Tipp des Monats

Heinz Buschkowsky, Bürgermeister des Berliner Untergrundbezirks Neukölln, ist mal wieder seiner Lieblingsbeschäftigung nachgegangen: über dessen EinwohnerInnen zu schimpfen – vor allem die zugewanderten. Mit seinem wegweisenden Buch »Neukölln ist überall« stürmt er derzeit alle Charts.

Nun meldet sich die Klientel zu Wort, die es schon viele Jahre mit dem tapferen Mann und ähnlich gravierenden Schwierigkeiten aushalten muss. »Jugend in Neukölln« heißt ein neues



Büchlein: Darin erzählen Jugendliche, wie sie ihren Bezirk erleben, wie sie sich dort fühlen und wovor sie Angst haben – womöglich vor der Politik.

Klaus Farin: Jugend in Neukölln, Archiv der Jugendkulturen, Berlin 2012, 204 S., 20 Euro

Junges Kino: Das Deutsch-Französische Jugendwerk verleiht anlässlich der 63. Internationalen Filmfestspiele Berlin (7. bis 17. Februar 2013) den Preis »Dialo-

gue en perspective«. Derzeit werden noch JurorInnen zwischen 18 und 29 Jahren gesucht.

Infos zur Bewerbung: www.dialogue-en-perspective.org

Seminare – Hattingen

Ägypten: Vielen Menschen in Europa waren die Umbrüche in den arabischen Ländern egal – Hauptsache, sie waren als Urlaubsgebiete intakt. So blieben auch die Streiks und Unruhen in früheren Jahren hierzulande vollkommen unbeachtet. Was aber ist mit den ArbeitnehmerInnen? In diesem Seminar geht's um die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen in Ägypten.

11. bis 13. Januar 2013. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Sitzungsleitung und Moderation: Langweilen verboten! Wer hat sich nicht schon über zähe, langatmige und endlose Besprechungen geärgert? Dabei ist es so einfach, Sitzungen Spaßig und informativ zu gestalten. Die typischen Techniken sind für angehende GewerkschaftssekretärInnen ein Muss.

22. bis 24. Februar 2013. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Nachtlektüre: »Occupy Wall Street!« Mit diesem Aufruf besetzte eine Gruppe von AktivistInnen im September 2011 den Zuccotti-Park im New Yorker Finanzdistrikt. Was steckt hinter dieser Bewegung, die in kurzer Zeit Millionen Menschen rund um den Globus mobilisierte? David Graeber berichtet aus erster Hand.

David Graeber: Inside Occupy, Campus-Verlag, Frankfurt/M. 2012, 200 S., 14,99 Euro

**Impressum**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 409

Projekt: Mirjam Blumenthal

Redaktion: Jürgen Kiontke

E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork pn GmbH

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 - 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

soli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Soli aktuell online abonnieren auf http://www2.dgb-jugend.de/service/soli_aktuell

Ich möchte monatlich _____ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	

DGB-Bundesvorstand
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin